

Keine Gerechtigkeit für Jamal Khashoggi?

Die türkische Justiz will den Mordprozess im Fall des saudischen Journalisten abgeben – ausgerechnet an Saudiarabien. Khashoggis Verlobte macht «materielle Interessen» für den Beschluss verantwortlich.



© Foto: Hasan Jamali (Keystone) Von einem Mordkommando auf bestialische Weise ermordet: Journalist Jamal Khashoggi.

Es könnte das Ende jeglicher Aufklärung im Fall des getöteten Journalisten Jamal Khashoggi bedeuten. Der saudische Regimekritiker wurde im Oktober 2018 im saudischen Konsulat in Istanbul von einem extra aus seiner Heimat angereisten Mordkommando auf bestialische Weise beseitigt. Vergangene Woche hat sich die Istanbul Staatsanwaltschaft nun für eine Einstellung des dortigen Verfahrens ausgesprochen. Stattdessen soll der Prozess nach Saudiarabien verlegt werden.

«Absolut lächerlich»

Also ausgerechnet in jenes Land, das bereits einen Schauprozess im Fall Khashoggi geführt hat. Anfang 2019 verurteilte das Strafgericht in Riad fünf Menschen wegen Mordes zum Tode, drei zu Haftstrafen, drei kamen frei. Die Öffentlichkeit war vom Prozess ausgeschlossen, nicht einmal die Namen der elf Angeklagten drangen durch. Der stellvertretende Generalstaatsanwalt Shalaan al-Shalaan sagte danach, dass «zu Beginn dieser Mission keine vorherige Absicht zum Töten bestand». Agnès Callamard, Sonderermittlerin der UNO, wies diese Behauptung als «absolut lächerlich» zurück.

Die Spuren führten schon damals ins engste Umfeld des saudischen Kronprinzen Muhammad bin Salman. Die CIA und Callamard halten ihn für den Auftraggeber des Mords. bin Salman streitet

Damian: Die UNO und SaudiArabien haben ihn für den Auftraggeber des Mordes, um Damian zu töten, das bis heute ab. «Wie kann der türkische Staatsanwalt die Verlegung des Falls in ein Land verlangen, in dem Straflosigkeit die Regel ist, in dem Jamal Khashoggi einfach keine Gerechtigkeit widerfahren kann und wird?», fragte UNO-Ermittlerin Callamard auf Twitter.



© Foto: AFP. Verleugung des Mordes an Jamal Khashoggi durch Cengiz.

Der Prozess in Istanbul, in dem die UNO-Ermittlerin Callamard, die vermutet wird, staatliche Auftragsmord an einem kritischen Journalisten, nicht straflos bleibt, twittert die Organisation Journalisten für die Freiheit (JFKF) in Istanbul, Hatice Cengiz, wohnt der Verhandlung am vergangenen Donnerstag bei und schrieb anschliessend, nun werde die Meinung des türkischen Justizministeriums eingeholt. Unter Nennung des Hashtags #justiceforjamal fügte Cengiz hinzu: «Dieses System, das materielle Interessen so sehr in den Vordergrund rückt, wird irgendwann selbst kopulieren. Weil es gegen die menschliche Natur verstösst.»

Die Gründe für die Kehrtwende

Der leitende Staatsanwalt begründete das Stocken des Prozesses damit, dass alle 26 Angeklagten saudische Staatsbürger und abwesend seien; das türkische Gesetz verbiete es, Angeklagte in Abwesenheit zu verurteilen. Doch, wie auch Cengiz angedeutet hat, könnte es noch andere Gründe für die Kehrtwende geben: Sie fällt in eine Phase der Annäherung zwischen den beiden einstigen Rivalen SaudiArabien und Türkei. Nach dem Arabischen Frühling im Jahr 2011 war man verfeindet. Während Ankara etwa die demokratisch gewählte Muslimbruderschaft in Ägypten unterstützte, witterten die Golfstaaten, allen voran SaudiArabien, in den demokratischen Gehversuchen eine Gefahr für ihre autokratischen Systeme.



© Foto: AFP Soll Auftraggeber des Mords sein: Prinz Mohammed bin Salman.

Die Khashoggi-Affäre belastete die Beziehung beider Länder schwer. «Erdogan akzeptiert das Abraham-Abkommen und möchte seine Beziehungen zu den Golfländern verbessern. Für ihn ist das Recht zweitrangig», sagt der ehemalige AKP-Abgeordnete Emin Sirin. Was sei nur aus dieser einstigen «Ehrensache» der Türkei geworden, fragt der Kolumnist der liberal-konservativen «Habertürk» und schlussfolgert: «Es wäre naiv, zu glauben, dass die Anfrage eines Staatsanwalts in einem Land wie der Türkei aus seinem eigenen Kopf kommt.»

Unter dem Druck der türkischen Wirtschaftskrise hatte Präsident Recep Tayyip Erdogan in den vergangenen Monaten wieder die Nähe zur Golfmonarchie gesucht, samt Kooperationen «auf einer Win-win-Basis», wie er es nennt. Erst Ende März kamen sein Außenminister Mevlüt Cavusoglu und dessen saudischer Amtskollege Prinz Faisal bin Farhan in Islamabad nach einem Treffen der Organisation für Islamische Zusammenarbeit zusammen. Laut «Daily Sabah» sagte Cavusoglu, man habe sich darauf geeinigt, «die Beziehungen zu verbessern», und nannte die Gespräche «sehr vorteilhaft und zielorientiert». Für die nächste Verhandlung am 7. April sind das wohl keine guten Nachrichten.

Starten Sie jeden Tag informiert in den Tag mit unserem Newsletter der Morgen. Melden Sie sich hier an.